

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 14. Februar 1931

35. Jahrgang

Nummer 7

Heraus aus dem Dunkel!

(Chr. Sch.) Ein vorsichtiges Tasten und Fühlen geht durch die deutschen Lande. Der Boden unter unseren Füßen erscheint unsicher und daher gefährlich. Ein jeder Fehltritt kann den Sturz in den Abgrund bedeuten. Die dadurch hervorgerufene Angst bei allen Bewegungen erzeugt Fiebererscheinungen. Steigende Fiebererscheinungen führen zur Kopflosigkeit, zur geistigen Verwirrung. Unvermeidlicher Krieg auf deutschem Boden, Einstellung aller Zahlungen auf Grund des Youngplans, Monarchie statt Republik, Diktatur statt Demokratie sind Produkte dieser Kopflosigkeit, sind Erzeugnisse geistig vollkommen verwirrter Menschengehirne. Gewissenlose Menschen haben sich zur Aufgabe gemacht, durch Gründung besonderer Parteibildung die im Fieberwahn erzeugten Ideen zum Allgemeingut zu machen. Hart auf hart tobt heute in Deutschland der Kampf. Klare Erkennung der realen Tatsachen mit den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen oder die Verblendung des Volkes durch unerfüllbare Versprechungen sind die Kampfbefehle. Im Mittelpunkt dieses Kampfes steht die Arbeiterbewegung! Die Arbeiterbewegung als Bollwerk des heutigen Staatsgedankens ist das Angriffsziel von links und rechts. Diese Tatsache erfüllt uns heute mit stolzer Genugtuung. Wir können stolz darauf sein, daß sich die Arbeiterbewegung aus kleinen Anfängen heraus heute bereits zum heiligen Fels der Demokratie und damit zum Träger des heutigen Staatsgedankens entwickelt hat. Wir können stolz darauf sein, daß der Baum der heutigen Arbeiterbewegung jetzt stark genug ist, daß er gegen alle Stürme zu trotzen. Es wäre aber unverantwortlich und ein Verbrechen zugleich, wenn wir unseren, mit werten Opfern erstellten Bau der Arbeiterbewegung allen Angriffen schloß preisgeben würden. Solange noch Millionen unserer Arbeitsbrüder der Arbeiterbewegung fernstehen, dürfen wir die Hände niemals in den Schloß legen. Wir sind also noch nicht in der angenehmen Lage, hinter unseren Kampf den Schlupfwinkel zu sehen. Große Strecken brauchen Landes lagern noch an unseren Organisationsgrenzen. Die Umgestaltung dieses Dehlandes zu fruchtbareren Boden für unsere Bestrebungen ist unsere Aufgabe. Die Bewältigung dieser Arbeit bedeutet Kampf. Den Grundgedanken „Willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein“ lehnen wir bei der Führung unseres Kampfes ab. Unser Weg geht nicht mit Mordwaffen über rollende Köpfe, sondern die sachliche Aufklärung ist unsere geistige Waffe. Der Erfolg unserer Arbeit auf dieser Grundlage wird um so größer sein, je mehr es uns gelingt, vollständige Klarheit darüber zu schaffen, was war, was ist und was werden soll. Ohne klare Erkennung der Krankheitsursachen kann keinem Kranken geholfen, kann auch kein kranker Wirtschaftsorganismus geheilt werden. In diesem Kampfe sind der Arbeiterbewegung natürliche und unnatürliche Gegner entstanden. Die natürlichen Gegner finden ihre Begründung in der sozial verschiedenen Gliederung unserer Volksschichten, während die unnatürliche Gegnerschaft nur andere Wege zur Erreichung des gleichen Zieles einzuschlagen für notwendig erachtet. Aus ganz natürlichen Gründen greifen wir bei unseren weiteren Betrachtungen nur die Gewerkschaften als Glied der großen Arbeiterbewegung heraus. Schon der Gedanke des Zusammenschlusses aller Arbeitnehmer zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen rief das Wutgeheul der ganzen Unternehmermeute hervor. Ihre Hilferufe nach staatlichen Schutz war nicht umsonst. Versammlungsverbote, Polizeiknüppel, Gefängnis- und Zuchthausstrafen, Landesverweise wegen revolutionärer Antriebe waren die ständigen Begleiter der Gewerkschaftsbewegung in deren „Kinderzeit“. Der Krieg 1870/71 erzeugte dazu noch eine Hurrafformung, die jede erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit geradezu unmöglich machte. Damit noch nicht genug. Durch das Sozialistengesetz mußte auch noch der letzte Rest der Arbeiterbewegung hinweggefegt werden. Vergebens waren alle diese Gewaltmaßnahmen. Die Arbeiterbewegung trug den Keim eines unzerstörbaren Lebenswillen in sich. 280 000 Mitglieder können wir in den Gewerkschaften schon mit Ablauf des Sozialistengesetzes müßern. Auch die Geburtsstunde unseres Verbandes (1884) fiel bereits in die Zeit des Sozialistengesetzes. Die weitere schnelle Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung war nicht mehr aufzuhalten. Die ursprünglich losen Organisationsformen wurden durch zentrale Organisationen abgelöst. Zur Bewältigung der zunehmenden Arbeit mußten Arbeitskräfte freigestellt werden. Die Gewerkschaftspressen entstanden als neue Waffe im Kampfe um die soziale Gleichberechtigung. Zur Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses nach innen und außen wurde die Generalkommission der Gewerkschaften, der heutige DGB ins Leben gerufen. Durch den Abschluß von Tarifverträgen macht sich der Einfluß der Gewerkschaften auch nach außen bemerkbar. Diese Tarifverträge mit den geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen stellen gegenüber der bisherigen Entlohnungswillkür einen ganz erheblichen Vorteil dar. Die Erkennung dieser Vorteile führte zu einer weiteren Ausdehnung der Tarifverträge. Millionen von Arbeitskräften wurden durch diese Tarife erfasst. Mit dem Abschluß der Tarifverträge war der Aufgabenkreis der Gewerkschaften noch lange nicht erschöpft. Einführung einer durchgreifenden Sozialgesetzgebung, der Erlass von Unfallverhütungsvorschriften, Schaffung einer Gewerbeordnung, gesetzlicher Schutz gegen willkürliche Ausbeutung der Frauen und Kinder usw. waren die von den Gewerkschaften an den Staat gestellten Forderungen. Zur Verringerung der größten Not führten die Gewerkschaften selbst noch Unterstützungseinrichtungen ein. Mit Fleiß wurde gearbeitet, um das Gewerkschaftsgebäude immer mehr auszubauen und recht wohlhlich einzurichten. Das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu ihrer eigenen Arbeit war unbegrenzt. Diese emsige Zusammenarbeit aller Mitglieder der großen Gewerkschaftsgemeinde berechtigte zu den schönsten Hoffnungen. Dieser natürlichen und sehr erfreulichen Entwicklung trat im August 1914 der Schrankenwärter am Wege der Weltgeschichte mit seinem Halbsignal entgegen. Das schreckliche Wort Krieg und nochmals Krieg durchtobte die Lande.

Viereinhalb Jahre tobte dieser abenteuerliche Wahnsinn. Neben namenlosen Opfern an Gut und Blut hatte dieser Krieg auch die bisher verrottesten Gehirne erleuchtet. Wenige Monate nach Beendigung dieses Krieges konnten wir in Deutschland zehn Millionen Mitglieder in der gesamten Gewerkschaftsbewegung müßern. Trotz der ungeheuerlichen Verluste, die wir durch den Krieg an Mitgliedern erleiden mußten, konnte unser Verband die Mitgliederzahl der Vorkriegszeit verdoppeln. Die Erfolge blieben auch hier nicht aus. Forderungen, für die wir jahrzehntelang vergebens gekämpft haben, konnten verwirklicht werden. Der Achtstundentag wurde in allen Tarifverträgen verankert. Auch in den Parlamenten konnten wir den gewerkschaftlichen Einfluß durch den gewaltigen Mitgliederzuwachs ganz erheblich verstärken. Einführung der Erwerbslosenversicherung, Betriebsrätegesetz, Schlichtungsordnung, Tarifverordnungen, Arbeitsgerichtsrecht waren greifbare Erfolge des gewerkschaftlichen Aufstieges. Wer von diesen Erfolgen gewerkschaftlicher Tätigkeit immer noch nicht überzeugt war, dem hat die schrecklich wütende Inflationszeit auch noch die letzten Zweifel über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisationen gelöst. Daß diesen Erfolgen emiger Gewerkschaftsarbeit natürliche Gegner entstehen, darüber konnte von vornherein nicht der geringste Zweifel bestehen. Es war eine ganz natürliche Erscheinung, daß das gesamte Unternehmertum mit seinem politischen Anhang in dieser Gewerkschaftsarbeit eine Gefahr für das kapitalistische Wirtschaftssystem erblickte und daß aus diesen Gründen die Widerstände gegen die Gewerkschaftsarbeit auf jener Seite immer größer wurden. Gegen diese Widerstände auf dem Wege unseres Vormarsches ist, solange es keinen natürlichen Verlauf der Weltgeschichte gibt, kein Kraut gewachsen. Unverantwortlich ist es aber, wenn sich die Arbeiterbewegung jetzt im Zeitalter der Entscheidungsschlachten durch die Gründung von Sonderorganisationen selbst knüppel zwischen die Beine wirft, wenn also unserer Bewegung neben den natürlichen Gegnern auch noch unnatürliche Gegner im eigenen Lager entstehen. In den Kreis dieser unnatürlichen Gegner ist neuerdings auch noch die sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsopposition getreten. Diese Gruppe unserer unnatürlichen Gegner begründet ihre Existenzberechtigung mit dem Hinweis, daß die bisherigen Erfolge unserer Gewerkschaftsarbeit durch die Entwicklung der Verhältnisse längst überholt seien, daß der Abschluß von Tarifverträgen für die Arbeitnehmer nur eine Fessel sei, und daß der Arbeiterkampf viel eher geholfen werden könnte, wenn den Unternehmern eine Bauchbinde mit gefüllten Handgranaten um den Leib gelegt würde. Dieser Gruppe unserer Gegner ist also die freie Gewerkschaftsbewegung nicht revolutionär genug. Unserer nächsten Gruppe an unnatürlichen Gegnern geht dagegen der revolutionäre Einfluß der freien Gewerkschaften schon viel zu weit. Nach der Auffassung der christlichen Gewerkschaften ist die Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft schon eine derart revolutionäre Todsünde, daß allen Mitgliedern der freien Gewerkschaften der Zugang zur Himmelsstür verperrt bleibt. Als dritte Gruppe im Bunde unserer unnatürlichen Gegner vertritt die Hirsch-Dunkerliche Richtung die Auffassung, daß ein Klassenkampf für die Arbeiter überhaupt nicht notwendig sei, sondern daß schon ein Appell an das soziale Gefühl der Unternehmer vollaus genügt, die soziale Frage im Interesse der Arbeiter zu lösen. Die gelben Organisationen als vierte Gruppe begründen ihre Daseinsberechtigung mit dem Hinweis, daß sich die Arbeitnehmer deshalb zusammenschließen müßten, um die Unternehmern vor den Angriffen der Gewerkschaften zu schützen. Als fünftes Rad am Wagen hat sich jetzt noch die Nazi-partei zur „Wahrung“ der Arbeitnehmerinteressen gemeldet. Der Zweck dieser Gruppe besteht darin, den Unternehmern die notwendige Anerkennung für die geleistete Wahlschuld nicht zu verweigern. Mit diesen Hinweisen auf die Buntschichtigkeit „gewerkschaftlicher Unternehmungen“ sind leider die Gegensätze in unseren eigenen Reihen noch lange nicht erschöpft. Wir gehen vielfach achtlos an der bitteren Tatsache vorbei, daß heute in Deutschland mehr als 14 Millionen Erwerbstätige gezählt werden, und daß davon leider erst die Hälfte gewerkschaftlich erfasst ist. (Red. Siehe auch Artikel in Nr. 4 des „Steinarbeiter“: Die gewerkschaftliche Organisationsmacht.) Aus dieser sich wortartigen Betrachtung geht nicht nur der Entwicklungsgang, sondern auch die bestehende Situation in der Gewerkschaftsbewegung sehr klar hervor. Diese Krankheitserscheinungen müssen wir klar erkennen, wenn wir mit Erfolg die notwendigen Schlussfolgerungen daraus ziehen wollen. Wir sehen täglich mit offenen Augen, wie die Forderungenbestrebungen gegen die Gewerkschaften mit Hilfe der Unternehmer immer offensichtlicher werden und dadurch der weitere Aufstieg unserer Bewegung zwar nicht gehindert, aber sehr gebremst wird. Unsere täglichen Erfahrungen beweisen uns mit aller Deutlichkeit, daß es Trugschlüsse sind, wenn angenommen wird, durch Gründung von Sonderorganisationen viel schneller zum Ziele zu gelangen. Vollständig übersehen wird von unseren unnatürlichen Gegnern noch die Tatsache, daß die gesamte Reaktion wie eine Hyäne auf den Augenblick wartet, der Gewerkschaftsbewegung, ähnlich wie in Italien, den Garaus zu machen. Erkennen wir den Ernst der Situation. Es ist einfach unverantwortlich, wenn heute noch 7 Millionen Erwerbstätige der Gewerkschaftsbewegung vollständig fernstehen und dadurch der drohenden Gefahr noch Vorstoß leisten. Diese Kräfte zu sammeln, muß unsere vornehmste Aufgabe sein! Mit Erfolg können wir diese Aufgabe wiederum nur dann lösen, wenn wir unter Berücksichtigung und unter der klaren Erkenntnis der realen Tatsachen alle berechtigten und unberechtigten Sonderwünsche zurückstellen und alle Sonderorganisationen meiden. Nur durch unsere Unterwerfung unter den Gesamtwillen kann es uns gelingen, das Dunkel der Nacht zu zerstreuen, nur durch die klare Erkennung der Situation mit den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen kann es uns gelingen, den Weg zum Licht zu finden.

Hitlers „Sozialismus“

Hitlers „Sozialismus“ ist ein Gewäsch von unverdaulichen Phrasen. Die Anhänger und Nachläufer des krankhaften Psychopathen wissen selbst nicht, was sie damit anfangen sollen. Um dem abzuwehren, hat Hitler im Laufe der Zeit die verschiedensten „Auslegungen“ dazu geschrieben, die aber noch verworrenere sind wie seine sozialistischen Phrasen. Er predigt ein „Herrenmenschentum“, wonach nur die zum Herrschen berechtigt sind, die zum Herrenmenschen geboren, also den Herrscherstab schon in die Wiege gelegt bekommen. Ungefähr dasselbe hat der nach Holland geflüchtete Wilhelm II. „seinem Volke“ in vielen Reden vorgeplappert. Seine „sozialistische Idee“, so hat er vor dem Führerausschuß erklärt, „bedeutet Aufrichtung einer deutschen Herrenmoral“. Wie diese neue „deutsche Herrenmoral“ aussieht, was man darunter verstehen kann, hat er nicht gesagt. Jeder kann sich diese „Herrenmoral“ nach eigenem Rezept zurechtmachen. Aber wenn man die anderen „Auslegungen“ zu Rate zieht, dann weiß man, daß im Hitlerschen „Dritten Reich“ die Unternehmer und die Militärs die Herrenmenschen sind, während die Arbeiter zum Dienen bestimmt sind.

Es gehört die ganze Beschränktheit eines faschistischen Gehirns dazu, um den Betrug nicht zu merken, den die Führer mit den Mitläufern treiben. Welche Brutalität und Arbeiterverräterei spricht zum Beispiel aus folgenden Worten Hitlers: „Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unseren großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung und die Macht das Wichtigste. Sie haben auf Grund ihrer Tüchtigkeit und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie das Recht, zu führen. Daß man nun einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden läßt, das wird sich jeder Wirtschaftsführer verbitten.“

Arme Arbeiter! Die ihr ein Leben lang in der Fron des Alltags steht, die ihr Morgen für Morgen euer Haupt von einer kümmerlichen Lagerstätte hebt, die ihr Tag für Tag das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor euch erblickt, die ihr arm geboren seid und arme Kinder zeugt, die ihr in elenden Karaden und lichtlosen Hinterhäusern wohnt, ihr seid die niedere Kasse. Euch zu schürzeln, zu prügeln und auszubeuten haben die ein Recht, die der höheren Rasse angehören! Das ist der Sozialismus Hitlers. Wer steht denn an der Spitze der großindustriellen Unternehmen? In weissen Händen liegen die großen Güter? Die Güter sind geerbt, die hohen Löhner und einträglichen Posten in der Industrie sind vererbt. Welcher Großindustrielle schickt denn seine Söhne als einfache Arbeiter in die Fabrik und überläßt sie dort ohne jede Förderung ihrem Schicksal, damit sie ihre „höhere Rasse“ beweisen? Die Wirklichkeit sieht doch so aus, daß die Söhne in dem eigenen oder in einem verwandten Unternehmen gut bezahlte Posten übernehmen, oft ohne jede Vorbereitung und Kenntnis der Dinge. Das ist nach Hitler die „Auslese der Tüchtigkeit“. Der völkische Abgeordnete von Glaese schrieb in den „Deutschen Nachrichten“ vom 11. Mai 1930, daß ihm ein bekannter Großindustrieller gesagt habe:

„Das Wirtschaftsprogramm Hitlers ist natürlich Unsinn, ich unterstütze keine Bewegung aber, weil sie die Arbeiter aus der Sozialdemokratie herausholen will.“

Dazu hat Hitler auch seine „sozialistische Theorie“ aufgestellt, die ebensolcher Unsinn ist wie sein Wirtschaftsprogramm.

Auf dem gleichen geistigen Niveau steht eine andere Erklärung Hitlers: „Es gibt keinen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Dieser sogenannte Unterschied ist bestenfalls doch nur ein Schreibstiftunterschied.“ Diese „Auslegung“ mag die Anhänger Hitlers zufriedenstellen, nicht aber einen denkenden Arbeiter. Kein Mensch ist in der Lage, sich aus solchen Erklärungen ein richtiges Bild machen zu können. Hitler und seine näheren Freunde sind übrigens selbst davon überzeugt. Sie legen sich jetzt auf die Erklärung, daß sie sagen, der Nationalsozialismus werde erst zeigen, was er ist, wenn sie die Macht besitzen. Und Hitler selbst hat gesagt: „Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können, den Faschismus Mussolinis!“ Den Gewerkschaften lagt diese Erklärung genug. Der italienische Faschismus hat die Gewerkschaften zerhackt, die Gewerkschaftshäuser beschlagnahmt, das Vermögen der Gewerkschaften geraubt, nur eins hat er nicht getan, nämlich die Unternehmer nicht angerührt. Ihre Verbände zur Knebelung der Arbeiter hat der Faschismus nicht angefaßt, ja er hat den Unternehmern eine Macht in die Hände gespielt, wie sie sie vormals nicht besessen haben. Für diesen „Sozialismus“ Hitlers bedanken sich die Arbeiter.

Der Sozialismus, den die Gewerkschaften vertreten, will der Arbeiterschaft helfen, will ihre Lebenslage verbessern, will bessere Wohnungen für die Arbeiter, will eine bessere Erziehung ihrer Kinder. Der Führer der subdeutschen Nationalsozialisten aber erklärt zynisch und höhnisch:

„Wir haben keine sozialen Reformen durchzuführen, weder Häuser zu bauen, noch Volksspeisungen einzurichten. Unser soziales Examen haben wir erst nach der Machtergreifung abzulegen. Heute müssen wir uns nur Gedanken machen darüber, was wir jetzt tun wollen.“

Der Sozialismus der freien Gewerkschaften will das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Der nationalsozialistische Führer Gottfried Feder aber schreibt: „Mitregieren, Mitbestimmen, Mitbesitzen sind margitische Ideen, die grundsätzlich abgelehnt werden müssen. Die Forderungen nach Mitbesitz und Mitbestimmung in der Wirtschaft führen mit unausweichlicher Zwangsläufigkeit zum Bolschewismus.“ In dem hitlerischen „sozialistischen Staat“ haben also die Arbeiter nicht

mitzureden. Es wendet sich diese Theorie gegen die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften.

Hitler hat im Laufe von wenigen Jahren von seinem „Sozialismus“ gewaltig Teile abstreifen müssen. In den ersten Jahren nach der Gründung seiner Partei sprach er, um Arbeiter zu gewinnen, vom „raublustigen Kapitalismus“.

Was bleibt nach dieser Erklärung jetzt noch von der „unentgeltlichen Enteignung“ übrig. Das Geschwätz von den „jüdischen Grundbesitzgesellschaften“ ist nichts weiter als faule Ausrede.

Man kommt danach zu dem Ergebnis, daß die Hitlerpartei mit dem Wort „Sozialismus“ nur Betrug treiben will.

Warum Qualitätsarbeit?

Der immer mehr zunehmende Automobilverkehr beansprucht Straßen, die sich seiner Eigenart anpassen müssen.

Doch die Facharbeiter haben bis dato immer noch zugereicht. Im Gegenteil: im verflochtenen Jahre legen mitten in der Hochsaison über die Hälfte der im Straßenbau beschäftigten Arbeiter zu Hause und warteten auf die Dinge, die da kommen sollen.

fein und seine Oberfläche genau so streng ins Profil gebracht werden wie die eigentliche obere Pflasterdecke.

Und die Ausführung des Pflasters? Während in Süd- und Westdeutschland das Kleinpflaster vorwiegend in Bogenform, in Schlesien in Reihen (rechtwinklig zur Straßenachse) ausgeführt wird, wird es im übrigen Deutschland hauptsächlich im Kreuzverband (im Winkel von 45 Grad zur Verkehrsrichtung) hergestellt.

Bücher und Zeitschriften

Die Lebenshaltung des Eisenbahnpersonals, Verlagsgesellschaft „Deutscher Eisenbahner“ m. b. H., Berlin W 50, 160 Seiten, Preis broschüriert 3,50 Mark.

Aus dem Wetterwinkel

Die nachstehenden Schilderungen entstammen meiner Sammelmappe, die ich aus Zeitungs- und anderen Notizen immer wieder ergänze und in die alle Begebenheiten kommen, die mit den Menschen in Berührung stehen, die mit Steinen, Hammer und Ramme umgehen oder deren Existenz davon abhängt.



In einem Dorfe bei einer größeren Stadt in dem Lande, wo einst August regierte, der sich dann, als es brenzlich wurde, verzog mit dem klassischen Ausspruch: „Macht eiert Dreck alleine!“

wie der Hauswirt und in anderer Einwohner Kohlenvorrat umhertrant; das gibt dann sicherlich Kraach und der kam so:

Der Britetthausen des Steinklopfers wurde ohne dessen eigenes Zutun immer kleiner, der Steinklopper kam auf den naheliegenden Gedanken, wie das so im sächsischen Volksmunde heißt: „Hier wird gemauert!“

einfach fortgegangen, weil sie sich der Jüdringlichkeit dieses Herrn „Chef“ nicht mehr erwehren konnte.

Kürzlich kam an die Adresse des Steinklopfer-Hannes folgender Brief: „Ich bitte doch einmal einen Artikel im „Steinarbeiter“ zu bringen, ob die Unterstützung vom Verband für den Mann zum Verkauf ist oder ob sie der Familie zugute kommen soll.“

Soweit der Brief. Er enthält in seinen paar Zeilen eine Lebensschilderung, die erschütternd ist.

Gefährdung des Tarifsystems

Mit der Entwicklung des Tarifwesens erhöht sich die Bedeutung der Frage nach der Spanne zwischen den tariflichen und den tatsächlichen Löhnen.

In seinem Aufsatz „Das Tarifwesen und der Kampf um den Lohn“, der in der Arbeit 1930, Heft 1, erschienen ist, prüft Vladimir Wontinski die Bedeutung dieser Spanne.

1. Unter der Vorherrschaft des Tarifsystems zerlegt sich der Lohn in zwei Bestandteile mit verschiedener volkswirtschaftlicher Bedeutung: Der Tariflohn stellt den verhältnismäßig unbeweglichen Teil des Lohnes dar.

2. Der Tariflohn wies in den letzten Jahren eine strukturelle Aufwärtsbewegung auf, die im großen ganzen dem Fortschritt der Wirtschaft entsprach.

Diese doppelte Bewegung entspricht der wirtschafts- und sozialpolitischen Funktion des kollektiven Arbeitsabkommens, das die Vereinheitlichung und Stabilisierung der Lohnbedingungen im Lande ohne Gefährdung ihrer Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit anstrebt.

Über wenn dies der Sinn des Systems von Tarifverträgen ist, dann muß man sich hüten, dieses System widerständig zu machen!

Widerständig wird es, wenn die tariflichen Lohnsätze so tief unter dem Stand der tatsächlichen Verdienste gehalten werden, daß sie diese nicht mehr zu beeinflussen, d. h. zu vereinheitlichen und zu stabilisieren vermögen.

Dies fällt aber nicht schwer ins Gewicht im Vergleich mit dem andern Widerstand, der sich gegenwärtig vor unsern Augen abspielt, mit dem Versuch der Regierung und des Reichsarbeitsministers, die Tariflöhne in einen Spielball der Konjunkturschwankungen zu verwandeln.

Gegen das Abgleiten des Arbeitsverdienstes bei der Depression gibt es leider kein Mittel. Der Sinn des Tarifsystems ist aber, daß es im voraus diese Bewegung in einen Rahmen zwingt.

Ein Reichsarbeitsminister, der sich nach der Senkung der über-tariflichen Verdienste an die Spitze des allgemeinen Angriffs des Unternehmertums gegen die Tariflöhne stellt, verkörpert den Sinn der tarifvertraglichen Regelung der Löhne, ebenso wie die Folgen seiner Politik.

gegangen, wovon deshalb an dieser Stelle Notiz genommen werden soll, weil es ein sehr bekanntes Steinkloppernezt ist:

„Die vorwiegend von Steinbrucharbeitern bewohnte Gemeinde Beucha zählt 1400 Einwohner. Politisch orientiert zu je einem Drittel bürgerlich, SPD und KPD.

- 1. 13 Kinder von Genossen wurden auf Kosten der Gemeinde 14 Tage nach Altengering in die Ferien geschickt. Die Kosten betragen rund 500 Mark.
2. Das Gemeindebad wird in eigener Regie betoniert. Die Kosten hierfür betragen rund 4000 Mark.
3. Zum Betonieren des Bades in eigener Regie erhielten die hierzu herangezogenen Fürsorgeerwerbslosen und Arbeitslosen pro Stunde 1,50 Mark neben dem Fortbezug der behördlichen Unterstützung.
4. Eine kostenlose Schreibhilfe aus bürgerlichen Kreisen wird abgelehnt und hierfür eine Schreibhilfe gegen Bezahlung für dauernd eingestellt. Bezahlung für die Gemeinde jährlich etwa 2000 Mark.
5. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer von 125 auf 150 Prozent findet die Zustimmung der KPD-Fraktion, da der Mehrertrag als Weihnachtshilfe Verwendung finden soll.
6. 2500 Mark Winterbeihilfe werden mit dem Erwerbslosentat zur Verteilung gebracht.
7. Der bisherige bürgerliche Bürgermeister wird „wegen Krankheit“ vorzeitig in den Ruhestand versetzt, obwohl nachgemessen wird, daß der betreffende Bürgermeister kriegsunfähig ist. Selbstverständlich lehnt der Landesparlamentarierverband die Leistungen ab. Die Gemeinde hat an den 10 verabschiedeten Bürgermeistern 13 Jahr lang pro Jahr an 3000 Mark Pension zu zahlen. Macht rund 40 000 Mark.
8. Nach dem Ortsgesetz und der Besoldungsordnung steht dem neugewählten Bürgermeister ein Grundgehalt von 2800 Mark zu und können ihm bis zu vier Dienstjahre angerechnet werden; keine berufsmäßige Anstellung ist nach dem Ortsgesetz von einer Eigenschaftsprüfung abhängig. Dagegen beschließen die Gemeindevorordneten: Anfangsgehalt 4400 Mark, Anrechnen von sechs Dienstjahren und Bericht auf Eignungsprüfung.
9. Zweimal haben zuvor die Bürgerlichen den Antrag gestellt, die berufsmäßige Bürgermeisterstelle in eine nichtberufsmäßige umzuwandeln. Zweimal wurde dieser Antrag abgelehnt.
10. Die Umwandlung der früher nichtberufsmäßigen Bürgermeisterstelle in eine berufsmäßige erfolgte zufolge Beschluß vom 31. 12. 1924. Im August 1925 wurde der Beschluß im Ortsgesetz verankert und von der Amtshauptmannschaft genehmigt.

Die vier bürgerlichen Gemeindevorordneten haben in den Ausschüssen und öffentlichen Gemeindevorordnetenitzungen zu allen vorerwähnten Tatbeständen unterschiedene Stellung genommen und mit aller Energie die Vintsmehrheit des Parlamentes sowie den Gemeindevorrat auf die Angelegenlichkeit der von ihnen gefaßten Beschlüsse aufmerksam gemacht.

Soweit die Zeitungsnote! In Wirklichkeit sieht es natürlich anders aus, denn es scheint hier alles recht zugepißt zusammengetragen zu sein, weil die Bürgerlichen die angebliche Morgenluft der Nazis wittern. Nun kriechen sie greinend und maulend an die Öffentlichkeit. Dabei ist aus eigener Kenntnis z. B. über Punkt 7 und 8 zu sagen, daß der u n b e l o d e t e bürgerliche Bürgermeister, der zurückgetreten ist, also nicht vorzeitig abgebaut wurde, bereits 4400 Mark erhielt.

Ein Unternehmer wurde vom Arbeitsgericht verurteilt, seiner Schreibmaschinenkraft einige Monate Gehalt zu zahlen. Sie war

Ein bürgerliches sächsisches Großstadtblatt, das mit den Nazis durch dick und dünn marschiert, hat immer eine unbändige Freude, wenn es seinen Lesern etwas vorsetzen kann, was gegen - Arbeiter spricht. Folgendes ist ihr angeblich aus ihrem Leserkreis zu-

Was irgend geken will und waffen.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinien erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Für den Verband tätig sein

In irgendeiner Funktion der Zahlstelle ist heute schwerer denn je; denn die Gewerkschaften allgemein und der Verband im besonderen stellen den Prellbock dar für jede Unvernunft aus den Reihen der Gegner, leider aber auch aus den eigenen Mitgliederkreisen. Wer um das Letztere? Nun, Not macht bitter, macht bißig, bringt Verzweiflungstimmung, erzeugt einen überkritischen Zustand, in welchem Recht und Unrecht nicht so sehr gegeneinander abgewogen werden. Auf ein bißel mehr Unrecht scheint es da nicht anzukommen. Jeder Verbandsfunktionär, der seinen Mantel nicht nach dem Winde hängt, hat's erfahren, kennt das und leidet auf seine Art darunter.

Soweit die gewerkschaftlichen Widersacher gegen den Prellbock — Gewerkschaften — antreten, mag das hingenommen werden; denn sie rollen, kräftig abgestoßen, wieder zurück. Wenn aber eigene angebotene Anhänger sich blindlings diesem Treiben anschließen, dann ist das für den Gewerkschaftsfunktionär eine Lähmung seiner organisatorischen Schaffensfreude. Wie oft kommt es doch vor, daß auf den Stempelstellen, in Versammlungen, in Betrieben oder sonstigem Beisammensein der ernste und aufrichtige Funktionär ungerechte Vorwürfe hinnehmen muß, oder der Verband allgemein und unrechtmäßig für etwas verantwortlich gemacht wird, was bei näherem Prüfen sich als Unsinn, Bosheit oder gar als Niederträchtigkeit erweist. Ebensooft kommt es leider auch vor, daß andere Kollegen — Verbandsmitglieder — stumm bei solchen Gelegenheiten bleiben, sich durchaus nicht rühren, um den Funktionär oder den Verband in Schutz zu nehmen, obgleich sie von der Ungerechtigkeit der Vorwürfe überzeugt sind. Diese Gleichgültigkeit, die sich mit Feigheit paart, hat schon manche wertvolle Kraft für den Verband und für die Allgemeinheit vorzeitig abgestumpft, abgekämpft, verdrückt. Der Zusammenhalt und das Zusammenarbeiten in der Gewerkschaft ist unbegrenzt wegen der Vielseitigkeit, aber der Einfluß der geschlossenen Phalanx in der Gewerkschaft auf das Wirtschaftsleben, auf die Öffentlichkeit ist — begrenzt. Begrenzt ist natürlich auch die gewerkschaftliche Leistung für die Mitglieder selbst, als Auswirkung der solidarischen Beitragsleistung aller. Diese einfache und klare Tatsache können manche nicht begreifen; andere wieder wollen das anscheinend auch nicht wissen. Und beschaut man sich diese wieder genau, dann sind es, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, jene, die im Durchschnitt nur so mittragen im großen Haufen; sich also um den internen Gang der gewerkschaftlichen Dinge gar nicht genügend kümmern. Also aus diesen Kreisen stammen sie, die dem Platz- oder Hauskassierer, dem Zahlstellenvorstand, dem Bezirks- und Gauleiter usw. die Freude und Begeisterung nehmen für die Allgemeinheit der Kollegen mit dem erforderlichen Eifer zu wirken. Die Verbandsfunktionäre aber sind durchaus keine Vitzableiter für persönliche Vertimmungen des einzelnen oder mehrerer, sie sind auf keinen Fall „Mädchen für alles“ und vor allem sind die Funktionäre nicht die Stelle, wo mancher glaubt Vorat abladen zu können. Das Vorstehende ist beileibe keine Übertreibung, sondern nur mit dem Spießchen herausmodelliert, und wenn an dieser Stelle unsere Verbandsfunktionäre von Süd und Nord, von Ost und West und aus jeder Zahlstelle alle ihre Erfahrungen darüber ausplaudern könnten, läme sicherlich noch viel Zugespitzteres heraus.

Daraus folgt als Lehre, daß jedes aufrichtige Verbandsmitglied nicht teilnahmslos zusehen und zuhören soll, wenn der Verband und seine aktiv tätigen Mitglieder ungerechterweise angegriffen werden; da heißt es ganz einfach auf der Stelle kräftig zugreifen und die Sache in die richtige Form biegen. Der Verband, die Gewerkschaftsbewegung und die für sie tätigen Funktionäre stehen doch zu hoch, um sich ungerechterweise von jedem anklaffen zu lassen. Darum soll auch jeder, der für die Bewegung tätig ist, mindestens den moralischen und wenn es sein muß, auch den körperlichen Schutz durch die wirklichen Verbandsmitglieder genießen.

Schimpfen und nörgeln, gestützt auf Unwahrheiten und Verdrehungen, ist durchaus keine Stärke. Neid und Mißgunst sind immer und in jedem Fall sehr schlechte Motive und Berater. Not und Elend macht gewiß kritischer, macht mißtrauisch; dennoch sollen

aufgemacht, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie nicht richtig wirtschaften.

Der unseren Lesern aus dem „Steinarbeiter“ gelegentlich einiger Polemiken bekannt gewordene Dr. Ing. Steinlein in München hatte in der Münchener Zeitung Ende Dezember 1930 einen Artikel veröffentlicht: „Das wahre Gesicht der neuen Baukunst“. Derselbe Artikel mit einem kleinen Nachsatz, aber mit der Ueberschrift „Politik und neues Bauen“ bringt der „Steinbildhauer“ vom 1. Februar 1931. Die Abhandlung will Wehrverwendung des Natursteins und richtet sich vor allem gegen die übertriebene Sachlichkeit. Diese Tendenz ist im Hinblick auf die Notlage der Steinindustrie durchaus richtig. Leider geht aber die Begründung daneben, denn Herr Dr. Steinlein hat in seiner Begründung fürchterliches entdekt, denn nach ihm hat der Bolschewismus die heutige Bauweise auf dem Gewissen und hat auf dem Gebiet des Bauwesens, also auch der Architektur, alles „verunziert“. Im Zusammenhang mit dem Artikel steht nun folgende Notiz im Januar 1931 aus der „Münchener Post“:

Der Münchener Bund stellt sich veranlaßt, einen Dr. Ing. Steinlein den Austritt aus seinen Reihen nahezu legen. Ein sehr erklärliches Vorgehen, denn dieser Herr Ingenieur hat in der Münchener Zeitung (Nr. 353/54 vom 24./25. Dezember 1930) die neue Bauweise dermaßen verurteilt, daß sie tot wäre, wenn stonomaßig bedingte Zeiterscheinungen durch geschriebenen und gedruckten Unsinn aus der Welt zu schaffen wären. Alles, was nicht nur mit der neuen Bauweise, sondern mit moderner Kunstweise überhaupt zusammenhängt, wird in diesem famolen Elaborat, das jede sachliche Gegenwehr durch unwillkürliche Komit entwaffnet, als bemühte politische Planung des Kommunismus hingestellt, der durch die Propagierung solcher fiktiver und technischer Neuerungen den Heimtät, den Familien- und Nationalgedanken zu verdrängen, das Bauhandwerk zu proletarisieren und andere schlimme Tuneselen mehr zu vollbringen gedenke.

Die Kommunisten können sich nur darüber freuen, daß man ihnen eine so weitläufige und gefährliche „Kulturpolitik“ vertraut, und sämtliche Münchener Hausbesitzer und das sonstige Publikum der Münchener Zeitung weißt jetzt ganz genau, was es von den modernen Bau- und sonstigen Satanskünsten zu halten hat. Wir müssen mit diesem Publikumsgeschrei einverstanden sein, mit Herrn Dr. Ing. Steinlein, denn es hilft ja doch nichts. Unsere noch so streng sachliche und sachliche Gegenwehr gegen den funktionären Noniens würde ja doch einfach nur als „höflichkeitliche“ Kulturpolitik „erledigt“ werden, und die Sache läme nicht vom Fleck. Zudem ist die fortschrittliche Presse nicht dazu da, gelegentlich einmal die Kaffianen aus dem Feuer holen zu dürfen, wenn sich der Münchener Presse-ungeist, hat brav für Antireklame zu sorgen, gegen diese oder jene Ausrichtung lehr. Manche ungehörige und unbefugte politisierenden Verfätscher der neuen Bauweise haben durch uninnige linksradikale Phrasologie den rechtsradikalen Aburteilungen der Steinlein, Alexander von Senger und Genossen so viel Vorhub geleistet, daß man bei diesem grotesken Zweifampf irrender Mächte die lediglich belustigende Haltung des neutralen Zuschauers nicht aufgeben kann.

Das ändert freilich nichts an der Tatsache, daß sich der von jeder maßvoll eingestellte, von Entgleisungen in funktionalistische Phantasien freie Münchener Bund ganz mit Recht über einen Geist der Prejudizialität beschwert, der jede fortschrittliche Forderung in München unmöglich macht und mit dem zukünftigen Ansehen der Stadt zugleich auch die beruflichen Interessen zahlreicher Fachleute empfindlich schädigt. Gegen einen unbedeutenden Einzelnen, wie diesen Herrn Dr. Ing. Steinlein, gerichtet, ist die Beschwerde wertlos. Sie würde jedoch größtes Gewicht erhalten, wenn sie sich traitvoll und entschlossen gegen das Verhalten einer Presse wendete, der wichtige Fachfragen gerade gut genug sind zum Herumstochern im lagespolitisch-weltanschaulichen Schlagworterichtsaufen.

Der Natursteinindustrie hat demnach Dr. Ing. Steinlein mit seinem Artikel durchaus nicht gedient. Der Woll über die verchwundene Zeit des Monarchenfitters, der auch im Bauwesen Triumphe feierte, läßt den Dr. Ing. überall Bolschewismus entdecken, nachdem er den Sozialismus schon früher in Grund und Boden geschriebe und verdammt hat. Schade, die Tendenz der Abhandlung ist gesund, ungenießbar wurde die Abhandlung nur durch den Sprung des alten Adam in die neue Kultur.

Der Steinklopfer-Hannes.

auch bei diesem Zustand keine Ungerechtigkeiten aufkommen gegen jene, die für die Allgemeinheit jede freie Zeit opfern, sie sehr oft auf Kosten der Familie und dem eigenen Wohlergehen opfern. Kollegen, achtet und schätzt die Leistung eurer eigenen Funktionäre, einerlei, welche Tätigkeit sie ausüben. Die Einigkeit und Geschlossenheit in den Gewerkschaften ist heute dringender wie je zuvor. Wir brauchen überzeugte Anhänger, keine Wetterfahnen. Wer Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören, der weiß sowieso, daß Geschlossenheit das Gebot der Stunde ist!

Altenhain. Jahreshauptversammlung am 18. Januar. Der Besuch litt unter der sehr ungünstigen Witterung; trotzdem hatten sich aber gegen 60 Kollegen eingefunden. An Stelle des im Krankenhaus befindlichen 1. Vorsitzenden erstattet Kollege K., Ammelshain, den Geschäftsbericht. In diesem wurde vor allem hervorgehoben, daß die Einführung neuer Arbeitssysteme von dauerndem Abbau der Löhne begleitet sei und nur ein fester Zusammenhalt diesen Gelüften Einhalt bieten kann. Das Jahr 1930 ist eines der schwersten in der Vergangenheit, hatte doch die Zahlstelle im Durchschnitt dauernd 45 Prozent Erwerbslose. Ferner wurde die Invalidenunterstützung im Verbands, die ehemals sehr bekämpft wurde, mit Sympathie aufgenommen, ist sie doch geeignet zur Vinderung der größten Not unserer alten ausgedienten Kollegen. Die von der Zentrale und von der Lokalkasse unterstützte Hilfsaktion für länger Erwerbslose ließ für die Tage des Festes der Liebe die schweren Gedanken etwas schwinden. Zur Kenntnis wird noch genommen, daß die Zahlstelle aus Zweckmäßigkeitsgründen die Mitgliedschaft im Konsumverein Burzen erworben hat. Der Kassenbericht wird in allen seinen Einzelheiten vorgetragen und für richtig befunden. Im Punkt Neuwahlen werden die alten Funktionäre auf Zuruf wiedergewählt. Als Antrag wurde erledigt, daß die Erwerbslosenmarken nicht mehr in voller Höhe auf die Lokalkasse genommen werden; ab 1. April 1931 ist der Invalidenbeitrag von den Mitgliedern selbst zu tragen. Von einer weiteren Beihilfe an nicht Ausgesteuerte wurde Abstand genommen, hierzu ist zu bemerken, daß die Zukunft geeignet ist, die Steinarbeiter mit großer Sorge zu erfüllen. Der Kollege Windler, der von uns erstmalig zu einem Referat gewonnen wurde, verstand es vorzüglich, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer zu fesseln; in seinen Ausführungen kennzeichnete er die Ursachen der derzeitigen Krise und ihre Bekämpfung. Nicht eine zerschlagene Arbeiterkraft kann einflußreich wirken, sondern: was irgend gelten will und waffen, muß in der Welt zusammenhalten.

Neubrandenburg. Am 21. Januar fand unsere erste Versammlung im neuen Jahre statt, die gutbesucht war. Der Vorsitzende, Kollege Gerst, gab die Tagesordnung bekannt und erstattete als Kassierer den Quartals- und Jahresbericht, der zu Monitas keinen Anlaß gab. Nach dem Bericht der Revisoren wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl. Als Revisoren wurde Kollege Hans Lindhorst neu hinzugewählt. Unter Verschiedenes wurden die örtlichen Angelegenheiten besprochen und erledigt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, stets für unseren Verband zu streben und ihn in jeder Hinsicht zu unterstützen. Auch dankte er dem Hauptvorstand für die finanzielle Hilfe der ausgesteuerten Kollegen. Auch unserem Gauleiter, Kollegen Gödemeyer, gebühre Dank, da er stets unsere Interessen mit Umsicht vertreten habe.

Grünberg in Schlesien. Am 11. Januar Generalversammlung. Tagesordnung 6 Punkte. Eingangs der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Fritz R ä b i g e r. Zu dessen Ehrung erhoben sich die Kollegen von den Plätzen. Nach der Protokollverlesung gab der Vorsitzende einen umfangreichen Jahresbericht. Er meinte, die Leistung, die wir erobert haben, können wir nur verteidigen, wenn jeder treu zur Organisation hält. Die alten Verbandsmitglieder in der Zahlstelle, die weit über 25 Jahre ihr angehören, mögen ein Vorbild für alle sein, auch ebenso fest zur Organisation zu stehen. Anschließend an den Kartelljahresbericht gab der Kassierer die Jahresabrechnung. Kasse und Bücher waren von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung gefunden. Die Versammlung dankte durch Erheben von den Plätzen. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Zur Anschaffung in die Bibliothek wurden etliche Bücher empfohlen und zugestimmt. Der Mitgliederbestand beträgt 137 Kollegen.

Bielefeld. Am 18. 1. 31 Generalversammlung. Zu Punkt 1 gab der Kassierer Mü l l e r den Kassenbericht, an den sich eine lebhafteste Debatte angeschlossen. Es wurden vor allem die Beiträge der Erwerbslosen kritisiert, die Debatte entstand durch den Bezirks- und Invalidenbeitrag, der in der jetzigen Zeit besonders schwer empfunden wird. Die Kollegen glauben, daß der Zentralvorstand Mittel und Wege finden müsse, derartige Beiträge auf die Vollmarke umzulegen, denn dem in Arbeit stehenden ist es immer noch leichter, dieses „mehr“ zu zahlen, wie dem Arbeitslosen. Der Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab Wiederwahl. Kollege Brinkmann gab den Bericht der Lohnkommission im Steinseggewerbe, in der die Dreifachheit der Unternehmer wieder so recht zum Vorschein kam. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und sorgen wir dafür, daß die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen.

Ruhmannsfelden. Unsere Generalversammlung am 18. Januar war gut besucht. Es standen 4 Punkte zur Tagesordnung. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1930 ergab, daß sämtliche hier gezahlten Beiträge den Kollegen wieder restlos in Form von Unterstützungen zugeflossen sind. Kassierer K a s t l wurde entlastet, Kasse und Bücher waren in Ordnung. Leider hat auch bei uns die dauernde Arbeitslosigkeit den Lokalfassenbestand auf den Nullpunkt herabgedrückt. Kollege Brunner erstattete Bericht von der Bezirkskonferenz in Passau und zeichnete den Kollegen ein Bild von der gegenwärtigen Situation im bayerischen Wald in wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht. Er vermahnte hierbei auch auf den von den Unternehmern beantragten Lohnabbau von 20 Prozent, der eine Ungehuerlichkeit darstellt und den Untergang der Kollegen bedeutet. Denn von einem Stundenlohn von 57 Pfennig für Facharbeiter, 47 Pfennig für Hilfsarbeiter noch 20 Prozent zu kürzen, möchte wahrlich an der Geistesverfassung der Unternehmer Zweifel aufkommen lassen. Daß derart miserable Löhne keine Schuld am Abgang haben können, dürfte jedem vernünftigen Menschen einleuchten, daß aber andererseits die Schmuckkonkurrenz der Unternehmer unter sich dazu beigetragen hat, die Lage in der Steinindustrie nur noch zu verschärfen, kann nicht abgeleugnet werden. Von den Kollegen wurde begrüßt, daß nun auch Ruhmannsfelden wieder in der Lohnkommission vertreten ist, und wurde Kollege Brunner dafür einstimmig gewählt. In die Ortsverwaltung neu gewählt wurden Kollege Michl Geiger als Schriftführer, Johann Krieger als Revisor sowie Kaver Rankes und Alois Mahay als Beisitzer. Einige örtliche und Betriebsangelegenheiten, wie Betriebsratswahlen, Ball und verschiedene Anfragen fanden im letzten Punkt ihre Erledigung, worauf der Vorsitzende mit einem Appell an die Kollegen, für die Organisation zu stehen und zu wirken, die Versammlung schloß.

Niederlammig. Am Sonntag, dem 25. Januar 1931, fand unsere Generalversammlung statt. Vorsitzender Karl W a l t h e r gab den Jahresbericht bekannt. Kollege Wilhelm F u c h s erstattete den Kassenbericht, der von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Laut Versammlungsbeschluss sollen 18 Kollegen, die gegen die Interessen des Verbandes verstoßen haben, dem Verbandsvorstand zum Ausschluß empfohlen werden. Nachträglich sind uns von der Zahlstelle F i c h t e l b e r g und F l o ß je 10 Mark überwiesen worden, wofür Dank erstattet wird.

Zphofen. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung im Gasthaus zur Krone statt. Eingangs der Tagesordnung bedauerte der Vorsitzende den schlechten Versammlungsbesuch, von 35 waren 17 Kollegen anwesend. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das verfloßene Jahr, wobei er besonders an die Protestversammlung gegen Einführung der Kopf- oder Bürgersteuer erinnerte. Auch brachte er die letzte Reichstagswahl zur Sprache, wo wir am Ort ein zufriedenstellendes Resultat erzielt hatten. Zu Punkt 2 gab der Kassierer die Abrechnung, die geprüft und für richtig befunden wurde. Vorsitzender Geulein dankte ihm im Namen sämtlicher Kollegen für seine Mühe und Arbeit und erteilte Entlastung. Bei Punkt 3 blieb die Vorstandswahl, bis auf Kollegen E n d r e s, der als Kassierer neu hinzukam, beim alten. Zu Punkt 4 wurden die Einnahmen vom Weihnachtsfest bekanntgegeben, die der Zeit gemäß als ganz gut zu bezeichnen waren. Auch wurde beschlossen, daß der Betrag von 8,43 Mark dem Ortstartell überwiesen wird. Dann wurde strengt auf den Beschluss vom 3. Juli 1927 und 31. März 1912 hingewiesen, der bestimmt, daß jeder Kollege von den vier Quartalsversammlungen im Jahr mindestens zwei besuchen muß, wenn er nicht der Unterstützung von der Zahlstelle, die bei achtwöchiger Krankheit den Betrag von 10 Mark auszahlt, verlustig gehen will. Besonders begrüßt wurde die Sonderunterstützung der Zentrale, die an 14 arbeitslose Kollegen den Betrag von 238 Mark auszahlen ließ. Betreffs Lokal, welcher Abstimmung beschlossen, daß es bleibt, wie bisher. Im weiteren Verlauf der Versammlung machte Kollege und Stadtratsmitglied, Joseph H e r r m a n n, belehrende Ausführungen über die jetzigen Kämpfe von rechts und links, die mit allen erdenklichen Mitteln geführt werden, und nur durch ein geschlossenes Zusammenhalten überwunden werden können. Nachdem noch einige örtliche Mißstände besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kaiserslautern. In der Generalversammlung am 18. Januar gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß 1930 beruflich das schlechteste Jahr war seit Bestand der Zahlstelle. Von den Kollegen haben 21 keine 13 Wochen vollgearbeitet. Die übrigen 15 bis 20 Wochen. Troßdem es im allgemeinen heißt, es wird viel gebaut. Zur Hebung und Behebung unseres Berufes am Ort erschienen 4 Aufsätze in der Wf. Fr. Presse. Außerdem im „Steinarbeiter“ 3 örtliche Artikel. Versammlungen fanden 8 statt, zum Teil sehr gut besucht. Vorstandssitzungen 2, eine gemischte Sitzung mit dem Baugewerksbund zur Schlichtung einer Streitfrage. Im Oktober 1930 fand eine Sitzung mit dem Kreisverband Pfälzischer Baugewerbe statt, anschließend hieran im November eine Bezirkskonferenz der Pfälzischen Zahlstellen. Hier ist zu erwähnen, daß der Beitrag zur Bezirkskasse ab 1. September 1930 eingestellt ist. Ein Vorteil für die ohnehin schwachen Lokalkassen der Zahlstellen. Das Heer der Arbeitslosen wird immer größer, die öffentlichen Unterstützungen immer färglicher bemessen. Anschließend an den Geschäftsbericht gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal und betonte, daß man an der Lokalkasse am besten den Beschäftigungsstand der Kollegen erkennt. Im Revisionsbericht wurde dem Kassierer für die ordentliche Kassenführung das Vertrauen ausgesprochen. In der Diskussion wurde hauptsächlich die Beitragskleeber hemangelt. Hierzu soll am 8. Februar eine Versammlung stattfinden. Der Zahlstellenvorstand wurde wiedergewählt. In „Verschiedenes“ wurde ein Antrag zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Nachdem noch einige Anfragen geklärt waren, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Hannover II. Am 12. Januar Jahresversammlung der Steinseggersektion. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege B e d die Quartalsabrechnung bekannt; auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt wurde der gute Versammlungsbesuch vom Vorsitzenden, Kollegen A l e x, besonders hervorgehoben. Aus seinem Bericht war zu entnehmen, daß die Krise sich 1930 derartig ausgewirkt hat, daß 60 Prozent aller Berufs-kollegen arbeitslos waren. Troßdem müsse die Not ein Ansporn sein, auch im Jahr 1931 gemeinsam mit den Führern der Organisation zu wirken. Kollege Bed führte an Hand von Zahlen den Aufstieg der Finanzen an. In der Mitgliederbewegung liegen Schwankungen vor, jedoch könne von einem Mitgliederchwund nicht die Rede sein. Es sei Pflicht eines jeden Kollegen, den Unterkassieren die Tätigkeit erleichtern zu helfen, und mehr Bücherkontrollen erfolgen. Ein Erfolg sei nur dann zu verzeichnen, wenn gemeinsame Arbeit bei den Betriebsräte wahlen vor sich gehe. Auch der Jugendleiter forderte die Kollegen zu reger Mitarbeit auf. Bei der Neuwahl wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Dann wurde der Bericht über die Lohnverhandlung vom 29. Dezember 1930 und von der Gaukonferenz am 30. Dezember 1930 bekanntgegeben. (Siehe „Steinarbeiter“ Nr. 4, Halberstadt.) Der Gauleiter, Kollege S c h m i d t, ermahnte alle Kollegen, nicht den Machenschaften der KPD, Nazi und Stahlhelm zu folgen, da diese die größten Schädlinge für die Arbeiterbewegung sind. Zum Schluß wurden Vorarbeiten betreffend Agitation, Versammlungsbesuch usw. beraten.

Potsdam. Am 4. Januar fand im hiesigen Volkshauses Generalversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßte: Neuwahl des Vorstandes, Gewerkschaftliches, Verschiedenes. Anwesend war auch der Gauleiter. Zum Vorsitzenden und Kassierer wurde der bisherige wiedergewählt; als 2. Vorsitzender Paul B e r g e m a n n; Schriftführer Otto S c h ö n e b e r g; zu Revisoren B e r g e m a n n und K i e h u r g. Punkt 2 wurde durch ein längeres Referat des Gauleiters eingeleitet. In der Aussprache wurde lebhaft über die Wohlfahrtseinrichtung geredet. Im letzten Jahr verjuchte die Firma Ernst Böhm und Sohn das Wohlfahrtsgeld von drei Kollegen für sich zu buchen (zirka 500 Mark). Als die Kollegen ihre Rechte bei der Firma geltend machten, wude ihnen von Böhm jun. erwidert: „Wenn Sie das Wohlfahrtsgeld haben wollen, muß ich Sie entlassen!“ Zwei Kollegen ließen sich durch diese Drohung nicht einschüchtern, sondern durch den Verband Lage beim Arbeitsgericht einreichen. Hier wurde auch die Firma zur restlosen Zahlung verurteilt; der dritte Kollege verzichtete auf das Geld, damit er recht lange Arbeit bei der Firma hat. Nebenbei gesagt, ist Herr Ernst Böhme Obermeister der Zwangsinnung des Regierungsbezirks Potsdam. Nach Erledigung des 3. Punktes und einem fräftigen Appell an die Kollegen, recht regen für den Verband zu agitieren, damit auch der letzte Kollege in unseren Reihen als Kämpfer zu finden ist, schloß der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

Quisburg. Generalversammlung am 17. Januar. Die Tagesordnung umfaßte 5 Punkte. Kollege B e r l e b a c h gab den Kassenbericht vom verfloßenen Jahre. Die Revisoren beantragten, weil Kasse und Bücher stets in Ordnung gewesen, Entlastung. Die Versammlung stimmte dem zu. Der Vorsitzende, Kollege W a n d e r s, gab einen Rückblick über das verfloßene Jahr. Erfolgreiches war nicht zu berichten, aber wir kommen doch auf den beschrittenen Wegen langsam weiter. Die Arbeitgeber lernen an dem Vorgehen des Kollegen Wanders wieder erkennen, daß es in Quisburg wirklich noch organisierte Steinarbeiter gibt und keine „Schaufelstiele“. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, neu der Kollege Bösten als 2. Vorsitzender, zu Revisoren die Kollegen Ziegler und Simon, zum Kartelldelegierten Kollege Vollbrecht, für den Gefellenausschuß die Kollegen Legeestee und Riegel. Dann kamen Werkstätten- und Friedhofsfragen zur Aussprache. Verschiedene Kollegen haben sich zum Verband zurückgefunden, diese ermahnte der Vorsitzende, nunmehr fest zu bleiben und treu zur Sache zu stehen. Zwei Anträge zur Unterstützung in Not geratener Kollegen fanden noch Erledigung, worauf die Versammlung ihr Ende erreichte.

Rundschau

Pflasterstraßen statt Asphalt. Der „Regensburger Anzeiger“, das Blatt des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, schreibt in einem Artikel über die Erschließung des Bayerischen Waldes in der Nr. 25 vom 25. Januar 1931 u. a. folgendes:

„Auch möchten wir bei dieser Gelegenheit unsere Parlamentsvertreter heute schon bitten, dafür zu sorgen, daß unsere Straßen im Bayerischen Wald mehr gepflastert als asphaltiert und geteert werden. Wenn auch scheinbar letztere Art finanziell nach Ansicht der Sachverständigen billiger kommt, so ist doch offensichtlich erstere Art weit dauerhafter. Es mutet einen doch sonderbar an, wenn man sehen muß, wie tagtäglich ein Wagen nach dem andern mit Steinen beladen aus dem Bayerischen Wald ins Flachland hinausrollt, um anderswo (allerdings nicht in Bayern. Schriftl. „M. 3.“) Straßen zu pflastern, während im Bayerischen Wald die geteerten und asphaltierten Straßen durch die ständigen schweren Holz- und Steinfuhrwerke in jämmerlichen Zustand verfallen werden. Unsere Steinindustrie im Bayerischen Wald liegt ja zur Zeit völlig brach daneben. Es liegen keine Aufträge vor. Seit Monaten müssen an die Steinarbeiter die Arbeitslosenunterstützungen von den Gemeinden hinausbezahlt werden. Welche Umschwenkungen an Geldmitteln könnten auf diese Weise eingespart werden! An dieser Arbeitslosigkeit leiden aber nicht allein die Steinarbeiter, sondern auch die übrige Geschäftswelt ist in solchen Steinindustriegenossen in Mitleidenhaft gezogen. Darum sei nochmals nachdrücklich an dieser Stelle die innigste Bitte an alle zuständigen Behörden der verschiedenen Bezirke des Bayerischen Waldes gerichtet, um Zusammenarbeit zum Wohle unseres Bayerischen Waldes. Aller Rivalitätenfreiheit muß jetzt zurücktreten, und alle Getränktheit einzelner muß verschwinden.“

Diese bemerkenswerten Auslassungen des Organs des bayerischen Ministerpräsidenten bedarf allerdings der Ergänzung, daß nicht nur im Bayerischen Wald, sondern auch sonst in Bayern fast keine Pflasterstraßen mit dem guten bayerischen Pflastermaterial gebaut werden, weil die bayerische oberste Baubehörde den Pflasterstraßen bisher, aus unergründlichen Erwägungen fast gänzlich ablehnend gegenüberstand und auch die untergeordneten Behörden auf die angeblichen Vorteile der Kunststraßen jeder Art hinwies. Hoffentlich ändert sich das.

Straßenbauprojekt für Ostpreußen. In diesen Tagen ist — wie wir den Tageszeitungen vom 5. Februar entnehmen konnten — ein großes Straßenbauprojekt des Provinzialverbandes Ostpreußen zum Abschluß gekommen. An den Kosten dieser umfangreichen Notstandsarbeit beteiligen sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit einem Zuschuß von 630 000 Mark, das Land Preußen und die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten mit langfristigen, gering verzinslichen Darlehen von je 1 Million Mark. Bei den Arbeiten, die alsbald in Angriff genommen werden, sollen 210 000 Arbeitslosentagewerke geleistet werden, so daß etwa 2500 ostpreußische Arbeitslose Beschäftigung finden werden. — Soweit die Tagesnotiz. Nach näherer Erkundigung kommen wir auf die Sache zurück, wenn es aus beruflichem Interesse geboten erscheint.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

- Berjammlungen.**
- Am 15. Februar in Grünberg (Schl.), um 14 Uhr bei Tschon
 - Am 15. Februar in Grünberg (Schl.), um 14 Uhr bei Tschon
 - Am 22. Februar in Coblenz-Berlin um 10 Uhr, bei Waldow, Berliner Straße 19.
 - In Mainz um 10 Uhr im Goldenen Pflug: Volkerversammlung.
 - In Steinau (Ob.) um 9 1/2 Uhr im Kronprinzen.
- * Die örtliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt: in Bries (Bez. Breslau), Aurich (Ostfriesland).

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig.

Briefkasten

Welche Verwandten eigentlich unterhaltsverpflichtet sind? — Antwort: Nur Verwandte in gerader Linie. Personen, deren eine von der anderen abstammt, sind in gerader Linie verwandt, also z. B. Großvater, Vater, Sohn und Enkel. Geschwister sind nicht gegenseitig unterhaltspflichtig. Sie sind vielmehr in der Seitenlinie verwandt; denn sie stammen von derselben dritten Person ab.

Ein ausgesteuerter Arbeitsloser. Meine letzte Invaliden-Quittungskarte ist am 17. Juli 1929 ausgestellt. Ich habe bloß 5 Markten zu je 2 Mark gelebt. Wird meine Anwartschaft verloren gehen, und wie vermeide ich das? — Antwort: Es ist gut, daß du rechtzeitig fragst. Die Anwartschaft auf die Leistungen der Invalidenversicherung erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungsstages weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Du brauchst also nur 15 Markten zu je 60 Pf. bis zum 17. Juli 1931 nachzu- leben.

Mein Vater hat Fürsorge bezogen. Die Gemeinde verlangt die Leistungen zurück. Ist das zulässig? — Antwort: Der Fürsorgeempfänger hat sein gesamtes verwertbares Vermögen und seine wirtschaftlichen Kräfte in Anspruch zu nehmen, ehe er Fürsorge bezieht. Ansprüche, die der Fürsorgeempfänger gegen unterhaltspflichtige Verwandte usw. hat, kann das Fürsorgeamt geltend machen zum Ersatz der Aufwendungen. Jedoch soll die Bewertung kleiner Vermögen, z. B. eines Häuschens, nicht verlangt werden, wenn sie eine unbillige Härte wäre.

Wie droht eine Pfändung durch den Gerichtsvollzieher. Welche Gegenstände des Haushalts sind unpfändbar? — Antwort: Der Pfändung sind nicht unterworfen: die Kleidungsstücke, die Betten, die Wäsche, das Haus- und Küchengerät, insbesondere die Heiz- und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind, ferner die für 4 Wochen erforderlichen Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel oder der dazu erforderliche Geldbetrag.

Gebundene Jahrgänge des „Steinarbeiter“ von 1930, nebst besonderem Einband der Technischen Beilage können noch in einigen Exemplaren von Zahlstellen zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Bestellungen sind an die Redaktion zu richten.

Tab. D. 2. Deine Auffassung ist richtig. Mit der Notverordnung vom 26. 7. 30 wurden wohl Erleichterungen bei Inanspruchnahme von Familienhilfe geschaffen, aber die Wochenhilfe ist unverändert geblieben. Diese gewährt die Krankenkasse nur, wenn die Versicherte in den letzten 2 Jahren mindestens 10 Monate und im letzten Jahre 6 Monate Mitglied einer Krankenkasse war.

100 Milliarden Mark Produktionsausfall durch die Arbeitslosigkeit. Die Weltarbeitslosigkeit beträgt zur Zeit 20 Millionen. Die meisten Menschen vermögen sich keine Vorstellung zu machen, welchen Schaden die Volkswirtschaft durch eine so hohe Arbeitslosigkeit erleidet. 20 Millionen arbeitsfähiger Menschen bedeutet eine Ziffer, die etwa so groß ist, wie die der gesamten deutschen Arbeiterkraft. Diese riesige Produktivkraft ist aus dem Produktionsprozeß und der Warenverjüngung der Welt ausgeschaltet. Professor Julius Firsch, Berlin, schätzt den Produktionswert eines arbeitenden Menschen auf jährlich 5000 Mark. Der englische Nationalökonom, Keynes, kommt zu einer Schätzung von 220 Pfund Sterling (4400 Mark). Mithin hat die Brachlegung der Arbeitskraft von 20 Millionen Menschen einen Produktionsausfall von rund 100 Milliarden Mark jährlich zur Folge. Die Konjunkturforschung glaubt, daß durch den Ausfall von Produktionsgütern sich bald Läden in der internationalen Bedarfsbefriedigung bemerkbar machen müssen. Daraus wird ein Umchwung in der Konjunktur in nicht ferner Zeit hergeleitet. Hierbei wird aber vergessen, daß die Technisierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses den Arbeitsertrag so gesteigert hat, daß die ursprüngliche Produktionsmenge auch von einer geringeren Zahl von Arbeitskräften geleistet werden kann. Des ferneren wird der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Kaufkraftausfall nicht genügend gemüßigt. Wie dem aber auch sei, der Bestand von 20 Millionen Arbeitslosen zeigt erschreckend, in welcher Krise sich die kapitalistische Wirtschaft befindet.

Verbandsstreue

- In nachstehenden Zahlstellen konnten die genannten Kollegen im Januar 1931 auf eine ununterbrochene 25- und mehrjährige gewerkschaftliche Mitgliedschaft zurückblicken. So in
- Chemnitz:** Artur Kerbe, Oswald Luft.
- Einbeck:** Lorenz Kausch, Albert Kopper, Karl Jäger, Alwin Schönbach, Johann Firsch, Fritz Kömpf, Karl Hilmer, Wilhelm Kühl.
- Essen:** Karl Sennhenn.
- Hamburg:** Franz Herrmann, Heinrich Ahrens, Louis Wootf.
- Hemsbach:** Georg Deller.
- Raumburg:** Otto Klahr, Otto Heilmann, Hermann Erbarth, Ernst Klingner.
- Rostock:** Wilhelm Müller, Johann Lorenz, Albert Lange, Joseph Wilpert, Wilhelm Schröder.
- Roth a. S.:** Kaver Meißinger, Leonhard Bauer.
- Schmalldalen:** Johann Feulner, Michael Wenninger, Theodor Wenninger, Paul Schade.
- Wattenscheid:** Otto Frenhardt.
- Weihenstadt:** Elias Schmidt, Christian Panzer.
- Wernigerode:** Karl Lauterbach.

Den Verbands-Jubilaren nachträglich noch die besten Wünsche, mögen ihnen allen noch recht viele Jahre Gelegenheit geben, im Kreise der Kollegen zu wirken und mit ihren Erfahrungen unsere Bewegung zu fördern zum Nutzen des Nachwuchses.

Die Fünftagewoche im Vordringen. Die Gewerkschaften haben aus reifster Ueberlegung die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert.

Nur eine solche Maßnahme kann die deutsche Wirtschaft vor dem Abhinken ins Bodenlose bewahren. Kürzlich ist eine Vereinbarung für die deutsche Zigarettenindustrie zustande gekommen, die besonderer Erwähnung bedarf. Die Verbände der Arbeiter und Unternehmer haben eine Vereinbarung getroffen, wonach ab 1. März in der Zigarettenindustrie im ganzen Reich die Fünftagewoche zur Durchführung gelangt. Von der Vereinbarung werden rund 28 000 Arbeiter betroffen. An Stelle einer Arbeitszeit von 48 Stunden tritt hinfort eine solche von nur 42 1/2 Stunden. Ein teilweiser Lohnausgleich tritt dadurch ein, daß 5 Arbeitsstunden bezahlt werden. Soweit Akkordarbeit in Frage kommt, werden die Akkordsätze entsprechend erhöht. Somit gilt ab 1. März in der Zigarettenindustrie eine Arbeitszeit, die über 5 Tage in der Woche verteilt ist. Die hier getroffene Vereinbarung ist zu begrüßen. Sie bewegt sich in den Richtlinien, die von den Gewerkschaften als ein Mittel zur Überwindung der Krise vorgeschlagen wurden. Die Vereinbarung in der Zigarettenindustrie trägt dazu bei, daß weitere Entlassungen vermieden werden. Nicht zu unterschätzen ist die zugleich vorgenommene Erhöhung der Stundenlöhne. Die Vereinbarung in der Zigarettenindustrie muß Nachahmung von andern Industriezweigen finden. Was in der Zigarettenindustrie möglich ist, sollte wo anders nicht unmöglich sein. In den meisten deutschen Industrien wäre eine Vereinbarung auf gleicher Grundlage durchaus möglich. Man vergleiche damit das Vorgehen der Schwerindustrie, die einen weiteren Lohnabbau von 20 v. H. verlangt und glaubt nur auf diese Weise zum Ziel kommen zu können. Die Fünftagewoche ist in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits teilweise durchgeführt. Nach einer Untersuchung haben die Firmen in USA, die die Kurzwoche eingeführt haben, im allgemeinen nicht über einen Leistungsrückgang zu klagen gehabt. Die Hälfte der untersuchten Firmen erzielte die gleiche Wochenproduktion und ein weiteres Viertel hatte sogar eine Zunahme der Produktion zu verzeichnen. Man muß bedenken, daß die Kurzwoche auch für die Unternehmungen Ersparnisse zur Folge hat. In Wegfall kommt in der Regel die Arbeit am Sonnabend. Wenn für einen Tag weniger der Betrieb in Gang gesetzt werden braucht, so tritt naturgemäß eine Ersparnis an Anlaufkosten, Heizung, Licht usw. ein. Die Zigarettenindustrie hat diese Ersparnisse zu einer teilweisen Erhöhung der Löhne verwandt. Das ist ein befriedigender Ausweg. In den Betrieben der Vereinigten Staaten hat man weiter festgestellt, daß der freie Wochentag gute Gelegenheit zu Instandhaltungss- und Reparaturarbeiten gibt. Dadurch können die Betriebsanlagen in den übrigen Wochentagen besser ausgenutzt werden. Jedenfalls hat die deutsche Zigarettenindustrie den Anfang gemacht. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, auch die übrigen Industrien zu einer gleichen Maßnahme zu bewegen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

- Folgende Zahlstellen haben bis 7. Februar 1931 die Abrechnung vom 4. Quartal 1930 noch nicht eingesandt:
1. Gau: Deutsch-Eylau, Friedeberg, Neuruppin und Wangerin.
 2. Gau: Dobrilugt, Girschschorf und Schönberg.
 3. Gau: Herlasgrün.
 4. Gau: Hirsingen und Wanzleben.
 5. Gau: Aachen, Böttrop, Buer, Lemathe und Thomasberg.
 6. Gau: Asbach, Derdingen, Eberbach (Baden), Lüttschenbach und Weiterdingen.
 7. Gau: Amberg, Kronach, Painten, Selbig und Viechtach.
 8. Gau: Maroldsweisach und Roth (Rhön).
 9. Gau: Frieledberg, Steinau-Schlüchtern.
 10. Gau: Hämelschburg und Wernsow.
 11. Gau: Stade.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

2. Gau: In Dobrilugt versucht der Inhaber des Schleiferbetriebes, Herr Kopp, durch Androhung der Entlassung die Belegschaft zu einer dem Tarif widersprechenden Vereinbarung zu zwingen. — Von dort fernbleiben!
4. Gau: In Bitterfeld ist für Kollegen aus dem Straßenbau die Fa. Hermann Bär wegen Lohnminderungen gesperrt; ferner in Halle a. S. Otto Firschschorf und Otto Kausch, in Ammen-dorf b. Halle: Franz Merseburger, in Weipfels: Otto Reinhardt und Schulze & Mühlhaus, in Mücheln, Bezirk Halle: Karl Geißler.
5. Gau: Wuppertal-Barmen. Im Bereich der Zahlstelle sind ernste Differenzen wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgebrochen. Die Steinsechmeister diktiert einen 20%prozentigen Lohnabbau und legen jedem Kollegen einen Revers vor, in dem er sich unter-schriftlich mit diesem Raub einverstanden erklären soll. Sämtliche Kollegen haben ein solches Ansinnen abgelehnt, und sind infolge-dessen entlassen worden.
6. Gau: Die Firma Kiedler in Bühl hat einige Kollegen, die ihren Tariflohn verlangten, nicht wieder eingestellt, deshalb sind die Betriebe der Firma in Bühl-Wiedenfeld zu meiden.
8. Gau: In Burgundtadt ist der Werkplatz der Fa. Stein-werke H. Droll G. m. b. H. für Steinmehlen, Sägen und Schleifer gesperrt. Die Firma beabsichtigt, einen Lohnabbau bis 30 Prozent durchzuführen.
10. Gau: Im Bezirk Wernigerode a. Harz sind folgende Firmen für Steinarbeiter gesperrt wegen außerordentlicher Lohnreduzierung und sonstiger Verschlechterungen vor Tarifablauf: H. Wege-ner, G. Struck, Wolfram, E. Rißau, Hannov. Basalt-werke.

Große Arbeitslosigkeit (40 Prozent) im Steinsechgewerbe Hollands verbietet den deutschen Kollegen die Zureise, auch Anfragen bei dem holländischen Verband sind zwecklos und werden nicht beantwortet.

Adressenänderungen

1. Gau: Elbing. Vorl.: Heinrich Collin, Elbing III, Hinter-straße 25. — Soldin. Vorl.: Erdmann Wille, Darr-straße 7. Kass.: Artur Weller, Wilhelmstraße 12.
2. Gau: Hirschberg. Vorl. u. Kass.: Hermann Kober, Ziegel-straße 17. — Waldenburg. Vorl. Mag Hoffmann, Weipfels, Kreis Waldenburg, Neue Straße 10. Lfd. Vorl.: Wilhelm Radunski, Dorfplatz Nr. 4.
3. Gau: Cunewalde. Vorl. u. Kass.: Paul Bürger, Weigsdorf- Köhlich Nr. 32, Amtsh. Löbau. — Dresden II. Vorl.: Herm. Kirchhof, Dresden 29, Grillparzerstraße 45, III. — Wurzen. Vorl.: Alfred Strunz, Hohburg Nr. 105.
4. Gau: Ilmenau. Vorl.: Gottfried Leisner, Käsen 37. Kass.: Erich Diez, Burggasse 16. — Altenburg. Kass.: Mag Schindler, Nikolaitirchhof 45, I.
5. Gau: Müllers-Fländersbach. Vorl. u. Kass.: Wilh. Müller, Müllers-Fländersbach, Köhdenhaus Nr. 23. — Gritten. Vorl.: Otto Ewert, Feldstraße 9. Kass.: Jof. Baro-quier, Bergstraße 43. — Herdecke. Vorl. u. Kass.: Jof. Geiermann, Bestestraße 3.
6. Gau: Kammelsbach. Kass.: J. Kausch, Randelbrunnenstraße.
7. Gau: Klossenbürg. Kass.: Erhard Bod, Nr. 25. — Fürsten-stein. Vorl.: Franz Ellinger. — Seußen. Vorl.: Chri- stian Tröger, Röhrenbach, Haus Nr. 58, Post Arzberg (Oberfr.). Kass.: Christian Franz, Seußen Nr. 81 (Oberfr.). — Schwarzenbach. Vorl.: Hans Werner, Schützenstraße 218.
11. Gau: Bugtehude. Vorl.: Heinrich Mojer, Altkloster bei Bugtehude. — Marne. Vorl.: Joh. Paulsen, Dörfchen bei Marne. Kass.: Julius Paulsen, Hefserdeich bei Marne.

Anzeigen

Berlin - Köpenick Sonntag, 22. Februar, um 10 Uhr, in Köpenick, bei Waldow, Berliner Str. 19. Generalversammlung

Den bekannt guten u. best- bewährten Handgearbeit. Steinbruch- schuh. M 14.75 Reelleste Beliefer. Hochw. Qualit.

Verlangen Sie Preisliste Herm. Welbers Berufs- schuh- werk Bad Godesberg



Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Dornreichenbach. Am 18. Januar der Hilfsarbeiter K. Aug. Lorenz, 68 Jahre alt, 15 Monate krank, Gesichtskrebs.
 - Nürnberg. Am 20. Januar der Steinsetzer Johann Kreißel, 31 Jahre alt, 1 1/2 Jahre krank, Lungentuberkulose.
 - Greiz. Am 23. Januar der Steinsetzer Walter Petzold, 35 Jahre alt, 5 Wochen krank, Magenkrebs.
 - Oppach (Löbau). Am 1. Februar der Schleifer Wilh. Kluttig, 66 Jahre alt, 1 Jahr krank, Rheumatismus.
 - Arsdorf (O.L.). Am 28. Januar der Granitsteinmetz August Richter, 67 Jahre alt, 5 Jahre krank, Nervenleidend.
 - Dresden. Am 29. Januar der Sandsteinmetz Albert Fischer, 55 Jahre alt, 1/2 Jahr krank, Zellengewebeentzündung.
 - Grünberg. Am 1. Februar der Steinsetzer Robert Hooke, 42 Jahre alt, 5 Tage krank, Blinddarmentzündung.
 - Berlin. Am 1. Februar der Sandsteinmetz Richard Baumann, 69 Jahre alt, 13 Monate krank, Lungentuberkulose.
 - Leipzig. Am 1. Februar der Sandsteinmetz Otto Blumenthal, 54 Jahre alt. (Todesursache nicht angegeben.)
 - Völkershausen. Am 3. Februar der Werkschmied Adam Rommel, 39 Jahre alt, Herzschlag.

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag Ernst Windler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.